

Sprechzettel

Dietmar Nietan zu Belarus

für den Auswärtigen Ausschuss am 26. August 2020 in Berlin

- Dass sich Lukaschenko in der jetzigen Situation mit Kalaschnikow präsentiert, spricht Bände. Es ist unerträglich und ein unerhörtes Signal an die Bevölkerung. Er hat ganz offensichtlich jegliches Gefühl für seine Bevölkerung verloren
- Die Menschen in Belarus verdienen unsere Solidarität und Unterstützung. Was sie fordern ist nicht mehr und nicht weniger als demokratische Freiheitsrechte. Etwas, das wir für uns als selbstverständlich ansehen.
- Die Nachrichten über das Verschwinden von Demonstranten und Oppositionellen, Misshandlung durch Sicherheitskräfte, den Tod Verschwundener und auch die Einschränkungen der freien Berichterstattung müssen wir weiterhin deutlich verurteilen, ebenso drohende Entlassungen nicht offen regimetreuer Lehrer, Arbeiter etc.
- Die Demonstranten und demokratischen Kräfte in Belarus brauchen die Gewissheit, dass die EU geschlossen an ihrer Seite steht. Dabei kommt Deutschland nicht zuletzt wegen seiner Ratspräsidentschaft eine wichtige Rolle zu. Lukaschenko muss klar sein, dass die EU geeint ist in ihrer Unterstützung für Freiheit und Demokratie in Belarus. Es ist richtig, dass die EU Sanktionen gegen die Verantwortlichen verhängt, das Wahlergebnis nicht anerkannt und Unterstützung in einem Dialogprozess angeboten hat. Keinesfalls dürften aber Sanktionen eingeführt werden, die die Bevölkerung treffen.
- Die soziale Lage ist durch die Corona-Krise stark angespannt. Vielen Menschen bricht das Einkommen weg, es gibt nur wenig Unterstützung.
- Stichpunkt „Geopolitisierung“ von Belarus: Es geht für uns nicht darum, einen Keil zwischen Russland und Belarus zu treiben. Russland muss aber seiner Verantwortung gerecht werden und darf einem innerbelarussischen Dialog und einer demokratischen Entwicklung nicht im Weg stehen. Russland hängt wohl weniger an der Person Lukaschenkos als vielmehr an der Tatsache, Einfluss zu haben

- Tichanowskaja hat selbst Einmischung anderer Länder abgelehnt. Die Proteste seien nicht pro- oder anti-russisch bzw. europäisch
- Ein Prozess unter Führung der OSZE und unter Einbeziehung Russlands wäre eine gute Lösung. Die OSZE hat das angeboten. Den Druck auf Lukaschenko, einem solchen Gesprächsprozess doch noch zuzustimmen, müssen wir aufrecht erhalten bzw. erhöhen
- S&D fordert den Rat für Auswärtige Angelegenheiten auf, sich auf ein strategisches Konzept für die Verletzung von Grundfreiheiten und Menschenrechten in den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu einigen. (<https://www.spd-europa.de/nachrichten/sanktionen-eroertern-zivilgesellschaft-staerken>)

Mögliche Fragen

an Bundesregierung im Rahmen der Berichterstattung im Auswärtigen Ausschuss:

- Wie bewertet die BuReg die Gefahr einer von Russland beförderten Eskalation?
- Welche Erkenntnisse liegen der BuReg vor, ob sich Diktator Lukaschenko beim Vorgehen gegen die Protestierenden dauerhaft auf die Loyalität der Sicherheitskräfte und Streitkräfte verlassen kann?
- Das Regime versucht nun gezielt die Vorsitzenden und Organisatoren der Streikkomitees auszuschalten, weil es weiß, dass die Streiks eines der zentralen Instrumente im Kampf um die Demokratie sind. Was unternehmen die BuReg und die EU, um den Streikkomitees zu helfen?
- Wie unterstützt die BuReg die Bemühungen der DGB-Gewerkschaften den Streikenden in Belarus zu helfen?
- Wie bewertet die BuReg den Vorschlag eines von OSZE moderierten Runden Tisches in Belarus?
- Wird sich die BuReg dafür einsetzen, dass sowohl die EU wie die OSZE einen Sonderbeauftragten für Belarus einsetzen, um das eigene Engagement strukturell zu untermauern?
- Was wird die BuReg konkret unternehmen, damit die EU ihren Druck auf Lukaschenko spürbar erhöht?
- Die Zahl der Verhafteten geht inzwischen in die Tausende. Die Berichte von Folterungen und Vergewaltigungen sind erschütternd. Wird die BuReg sich aktiv dafür einsetzen, dass das Internationale Rote Kreuz umgehend in Belarus aktiv werden kann?
- Ist die BuReg – wie Litauen – bereit zur Aufnahme von gefährdeten und verfolgten Menschen aus Belarus?
- Würde die BuReg gewährleisten, dass diese Menschen ihre politische Tätigkeit auch von Deutschland aus fortsetzen können?

- Wird die BuReg – parallel zur Erstellung einer Sanktionsliste für Verantwortliche der Wahlfälschung und der brutalen Gewalt gegen Demonstranten und Oppositionelle – eine visafreies Regime für Akteure von Opposition und Zivilgesellschaft, oder vielleicht sogar für alle Bürger Belarus, einführen?
- Wird die BuReg jetzt für Studierende und Auszubildende aus Belarus Visafreiheit und Stipendienprogramme in Deutschland ermöglichen?
- Sieht die BuReg nunmehr die Notwendigkeit, das Konzept der Östlichen Partnerschaft der EU verändern?

Hintergründe:

- Präsidentschaftswahl in Belarus am 09.08. mit amtlichem Ergebnis der Wiederwahl von Staatspräsident Lukaschenko (L.) mit 80,1%, Herausforderin Swetlana Tichanowskaja (T.) erreichte 10,1%. Unabhängige Beobachter nehmen an, dass T. bei korrekter Auszählung gegen L. gewonnen hätte.
- Seit dem 09.08. tägliche, landesweite friedliche Proteste gegen das Wahlergebnis mit jeweils mehreren Tausend Teilnehmern, an den Wochenenden mit Hunderttausenden L.-Gegnern in Minsk und anderen Städten (am 16.08. „Marsch der Freiheit“, am 23.08. „Marsch des neuen Belarus“). Staatlich organisierte Pro-L.-Demonstrationen zuletzt mit nur wenigen hundert Teilnehmern. In den ersten Tagen brutales Vorgehen der Sicherheitskräfte, zahlreiche Verletzte, mind. zwei Tote (andere Quellen sprechen von fünf Toten). Zwischenzeitlich über 7.000 Festnahmen. Seit dem 13.08. Entlassung der meisten der nach den Wahlen Inhaftierten. Unter den z.T. seit Monaten Inhaftierten befinden sich mehrere Oppositionspolitiker und Präsidentschaftsbewerber.
- Zunächst großflächige Streiks auch in Staatsbetrieben; diese gehen jedoch zurück, seit L. verkündet hat, mit entschlossener Hand gegen Streikende vorzugehen. Seit dem 19.08. schreiten nach Tagen der Zurückhaltung wieder Spezialeinheiten der Polizei ein, um Demonstrationen und Streiks zu verhindern und symbolträchtige Plätze und Gebäude zu sperren.
- T. hat am 17.08. per Videobotschaft aus Litauen ihre Bereitschaft erklärt, die Verantwortung und Führung des Landes bis zur Durchführung freier und fairer Neuwahlen zu übernehmen. T. initiierte Einrichtung eines Koordinationsrats für den Dialog mit dem Regime; zu den 70 Mitgliedern gehören v.a. Aktivisten, Künstler, Unternehmer und Arbeiter. Der Koordinationsrat erarbeitete bei seiner konstituierenden Sitzung am 19.08. eine Resolution mit politischen Forderungen, u.a. Rücktritt der Regierung, baldige Neuwahlen, keine Verfassungsänderung. Am 23.08. Forderung nach einem Referendum über Wiedereinführung der Verfassung von 1994 (dort u.a. Beschränkung der Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten).

- Am 20.08. Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Gründung des Koordinationsrats. Bereits am 18.08. hatte L. den Rat als Versuch der Machtübernahme zurückgewiesen, wirft der Opposition seitdem ein angeblich anti-russisches Programm und einen Ausverkauf des Landes an westliche Interessen vor. Zwischenzeitlich hatte er sich zu einer Neuwahl bereit erklärt, sobald eine neue Verfassung angenommen sei; der Vorschlag wird von der Opposition abgelehnt.
- L. hat mit Hinweis auf Beistandsklausel in den Verträgen Unionsstaat und OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) Furcht vor militärischer Intervention geschürt; Staatspräsident Putin und Außenminister Lawrow konzedieren öffentlich „Dialog“, legen Fokus aber auf Ablehnung sog. westlicher Einmischungsversuche.
- Am 19.08. Europäischer Rat zu BLR (vorbereitet durch Sonder-RfAB am 14.08.), Ergebnisse: keine Anerkennung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahl, Solidarität mit der Bevölkerung, Verurteilung der Gewalt gegen Demonstranten, Ankündigung von gezielten Sanktionen gegen Verantwortliche für Wahlfälschung, Gewalt und Repression, Warnung vor Verschlechterung der EU-Belarus-Beziehungen, Aufruf zu Gewaltfreiheit und nationalem Dialog, sowie Unterstützung des Dialogangebots der OSZE.
- Nach Angaben eines EU-Vertreters könnten die geplanten Sanktionen der Europäischen Union gegen Belarus in einem ersten Schritt etwa 15 bis 20 Personen treffen. Die EU-Außenminister sollen demnach bei ihrem Treffen am Donnerstag und Freitag in Berlin ihre politische Zustimmung dafür geben, bevor die Sanktionen offiziell beschlossen werden.
- Die EU-Außenminister hatten bei einem Sondertreffen am 14. August die Sanktionen auf den Weg gebracht. Der EU-Rat erstellt derzeit eine Liste mit belarussischen Verantwortlichen, die mit Einreiseverboten und Kontosperrungen belegt werden sollen. Der EU-Vertreter verwies darauf, dass dies eine eingehende Prüfung erfordere, damit die Sanktionsbeschlüsse nicht vor Gericht angefochten werden könnten.
- Russland warnte unterdessen die EU und die USA vor einer Einmischung in Belarus und vor Sanktionen gegen sein Nachbarland. Es dürfe während der Diskussionen über die gegenwärtige Lage in Belarus keinen

Versuch geben, Druck auf die Führung in Minsk auszuüben - weder in politischer Hinsicht noch durch Sanktionen, erklärte das Außenministerium in Moskau.

- Tagesschau-Meldung vom 15.08.2020:
“Unterdessen wurde bekannt, dass Belarus zwei EU-Abgeordneten die Einreise verweigert. Einer von beiden sei der Vorsitzende der Belarus-Delegation des Parlaments, Robert Biedroń, teilte seine sozialdemokratische Fraktion am Abend mit. Dem Polen sei am späten Nachmittag bei der Ankunft am Minsker Flughafen gesagt worden, dass sein Name auf einer Liste des Innenministeriums stehe und es für ihn mit dem nächsten Flug zurückgehe. Der zweite Abgeordnete war den Angaben zufolge Petras Auštrevičius aus der liberalen Fraktion Renew Europe. Der Litauer habe seinen Flug nach Minsk gar nicht erst antreten dürfen.“

Kritik am Vorgehen der EU:

z.B. im aktuellen Spiegel (Nr. 35, 22.8.2020; Autor: Mathieu von Rohr)

- Aussage: Die EU schaut peinlich lange nur betreten zu, bevor sie zu Belarus deutliche Worte fand; symbolische Sanktionen haben keine konkrete Wirkung; EU entlarvt sich erneut als außenpolitisch impotent; zu lange in bequemer Unmündigkeit unter dem Schutzschirm der USA verharrt; Macron als außenpolitisch aktiver, aber unkluger „Ego-Shooter“, Deutschland als übervorsichtig und behäbig. Um mit Frankreich gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, müssten die Deutschen begreifen, „dass Geostrategie kein schmutziges Wort ist.“